

# Gesundheitsrecht

Anwaltskongress 2019, 13.-15. Juni, KKL Luzern

RA Prof. Dr. iur. Tomas Poledna

# Überblick

- Mai 2017 - Mai 2019
- **blau markierte Entscheide** = zur Besprechung vorgesehen
- (zumeist) amtlich veröffentliche Entscheide
  - Bundesgericht
  - Bundesverwaltungsgericht
- Gebiete
  - Krankenversicherungsrecht (KVG)
  - Krankenversicherungsaufsichtsgesetz (KVAG)
  - Heilmittelgesetz (HMG)
  - Berufsrecht, insb. MedBG

# Krankenversicherungsrecht

- **Spitalfinanzierung**

- Einführung des neuen Spitalfinanzierungsmodells, Vereinbarung einer Korrekturmassnahme einer ungerechtfertigten Erhöhung der Fallzahl. Hierbei soll man sich auch an den Bestimmungen und der Zielsetzung des KVG, namentlich der freien Spitalwahl als Wettbewerbselement, zu orientieren. Ist eine zahlenmässige Verschiebung von Behandlungen über die Kantons Grenzen auf die freie Spitalwahl zurückzuführen, liegt somit keine ungerechtfertigte Erhöhung der Fallzahl vor, [BGE 143 V 330](#)

# Krankenversicherungsrecht

- **Kostenübernahme Hochkostenfall**
  - [BGE 9C\\_744/2018](#), 1. April 2019 (zur Publikation vorgesehen)
    - Komplexer Behandlungsverlauf an einem Spital
    - Unterschiede zur Rechtsprechung Myozyme

# Krankenversicherungsrecht

## Tarife

- [BGE 144 V 138](#), Art. 43 Abs. 4 und 5<sup>bis</sup> KVG; Anpassung der Tarifstruktur TARMED durch den Bundesrat. Art. 43 Abs. 4 Satz 2 und Art. 43 Abs. 5<sup>bis</sup> KVG schliessen nicht aus, dass der Bundesrat bei einer Anpassung der Tarifstruktur die Taxpunkte bestimmter Positionen linear kürzt und dabei auch politischen Anliegen Rechnung trägt.
- Auch wenn die Kriterien der betriebswirtschaftlichen Bemessung und der Sachgerechtigkeit gesetzlich statuiert sind, trägt letztlich der Bundesrat die Verantwortung für die Zweckmässigkeit der angeordneten Massnahme.

# Krankenversicherungsrecht

## Tarife

- [BVGE 2017 V/4](#), Rettungskosten, Tarifgrundsätze
- BVGE 2017 V/5, Verlängerung Tarifvertrag, das KVG kennt keinen konkludent abgeschlossenen Tarifvertrag
- [BVGE 2017 V/6](#), Pflegeheimtarife, MiGel

# Krankenversicherungsrecht

- **Kostenübernahme Arzneimittel**

- Klärung der Kostenübernahme für ein nicht-SL-Arzneimittel ohne Swissmedic-Zulassung (aber mit deutscher Zulassung): generelle und individuelle Abklärungen eines grossen therapeutischen Nutzens, Art. 71b Abs. 2 KVV, orphan drug, BGE 143 V 130
- Preisabstand zwischen Originalpräparat und Generika, BGE 143 V 20
- Art. 9 Abs. 2 lit. a HMG; Art. 71b Abs. 1 KVV; Vergütung von Arzneimitteln im Einzelfall; Magistralrezeptur, BGE 144 V 333

- **Aufnahme Arzneimittel in SL**

- Art. 65d Abs. 1 KVV (in der bis 31. Mai 2015 geltenden Fassung); dreijährliche Überprüfung der Bedingungen für die Aufnahme in die Spezialitätenliste; massgebender Vergleichspreis beim therapeutischen Quervergleich. Die Auslegung von Art. 65d Abs. 1 KVV, wonach beim therapeutischen Quervergleich auf den per 1. November des Überprüfungsjahres vorgesehenen Fabrikabgabepreis des gleichzeitig überprüften Vergleichsarzneimittels abzustellen ist, hält vor Bundesrecht stand, BGE 143 V 139

# Krankenversicherungsrecht

- **Aufnahme Arzneimittel in SL**

- Bildung einer Vergleichsgruppe beim therapeutischen Quervergleich (Prüfung Beibehalt SL-Aufnahme). Der Entscheid über die Vergleichs-gruppenbildung weist sowohl in Bezug auf die Kriterien "gleiche Indikation" und "ähnliche Wirkungsweise" als auch hinsichtlich der Auswahl und Anzahl der heranzuziehenden Arzneimittel Ermessenscharakter auf. Beim Entscheid über die Vergleichbarkeit der Arzneimittel sind die Indikationen gemäss Swissmedic-Zulassung bzw. den Fachinformationen massgebend, BGE 143 V 369
- Kriterium der ähnlichen Wirkungsweise. Entgegen dem deutsch-sprachigen Wortlaut von Art. 34 Abs. 2 lit. b und c KLV ist unter der "ähnlichen Wirkungsweise" die ähnliche Wirkung zu verstehen (anders die romanischen Wortlaute), BGE 144 V 14



# Krankenversicherungsrecht

## Wirtschaftlichkeitsverfahren nach Art. 56 KVG

- Vereinbarung ANOVA-Methode ist gesetzeskonform, [BGE 144 V 79](#)

## Varia

- [BVGE 2018 V/1](#), Zulassungsstopp nach Art. 55a KVG, keine Verletzung des Diskriminierungsverbots bezüglich 3jähriger Ausbildungsdauer in der Schweiz (Gesundheitsschutz)
- [BVGE 2018 V/2](#), Krankenkassenlisten mit zugelassenen Leistungserbringern für besondere Versicherungsmodelle

# Pflegefinanzierung nach Art. 25a KVG

- BGE 144 V 84, zwischen einer Gemeinde und Spitex-Organisation geschlossene Leistungsvereinbarung zur Drittbeauftragung einer Pflegefachperson ist zulässig
- [BGE 144 V 280](#), Den Kantonen ist es grundsätzlich gestattet, ihrer Restfinanzierungspflicht mittels kantonal geregelter Höchstansätze nachzukommen. Im Einzelfall kann diese jedoch höher sein, wenn Pflegekosten nach Massgabe von Art. 7 ff. KLV festgelegt worden sind.
- Es ist den Kantonen rechtsprechungsgemäss grundsätzlich erlaubt, ihrer Pflicht zur Restfinanzierung mittels Festlegung von Pauschaltarifen - hier in Form von Höchstansätzen - nachzukommen. Die öffentliche Hand trägt die ungedeckten Restkosten, nicht die KK oder die versicherte Person. Aufsichtsrecht und Streichung von der Pflegeheimliste als ultima ratio.

# Organisation Krankenversicherer

- [BGE 144 V 388](#), striktes Legalitätsprinzip im Bereich der Autonomie der Krankenversicherer. Verbot des Mittelzuflusses aus dem VVG-Bereich im Konzernverhältnis.

# Heilmittelgesetz

- BGE 2C\_186/2017, 15. Januar 2018. Art. 28 Abs. 3 HMG verankert einen prüfungsfreien Rechtsanspruch des Inhabers einer Herstellungs- oder Einfuhrbewilligung auf Erteilung einer Grosshandelsbewilligung. Keine fehlende Vertrauenswürdigkeit, wer ohne Bewilligungserteilung Grosshandel betreibt.

# Berufsrecht

- [BGE 2C\\_907/2018, 2. April 2019](#). Verhältnis Strafrecht und Disziplarmassnahmen nach MedBG. Keine Verletzung von «ne bis in idem». Kumulative Anordnung einer Disziplarmassnahme und des Bewilligungsentzugs sind möglich, selbst wenn im MedBG nicht ausdrücklich vorgesehen. Keine Verletzung der Verhältnismässigkeit bei einer Kumulation der Sanktionen (Strafrecht und Disziplarmassnahme).
- [BGE 2C\\_1035/2016, 20. Juli 2017](#). Entbindung vom Berufsgeheimnis. Wahrung gegenüber den Erben eines verstorbenen Patienten. Richtiger Weg: Aufhebung im Rahmen einer als relevant angesehenen Zeugenbefragung im Zivilprozess.
- [BGE 2C\\_270/2018, 15. März 2019](#). Entbindung vom Berufsgeheimnis.

# Berufsrecht

- BGE 2C\_37/2018, 15. August 2018. Berufsgeheimnis. Eine stillschweigende Einwilligung des Patienten ist nicht leichtfertig anzunehmen, um den Geheimnisschutz nicht illusorisch zu machen. Daher muss auch in einem solchen Fall der klare Wille des Geheimnisherrn zum Ausdruck kommen, auf die Geheimhaltung verzichten zu wollen
- BGE 2C\_782/2017, 27. März 2018. Verletzung der Fortbildungspflicht eines Zahnarztes, Rückgriff auf Landesregeln für die Festlegung der nötigen Stundenzahl. Disziplinarbusse von 2'000 CHF.
- [BGE 143 I 352](#). Abschliessender Charakter der Disziplinarordnung des MedBG. Kein Raum für kantonale Massnahmen, hier Publikation der Massnahme im kantonalen Amtsblatt.

# Berufsrecht

- BGE 2C\_701/2017, 18. Juni 2018, (Nicht)Anerkennung eines ausländischen Ausbildungstitels in Psychotherapie
- BGE 2C\_472/2017, 7. Dezember 2017, Diplomanerkennung, Gleichwertigkeit österr. Meisterprüfungszeugnis mit eidg. Diplom Augenoptiker
- BGE 2C\_662/2018, 2C\_663/2018 25. Februar 2019, Anerkennung eines ausländischen Diploms (Berufsqualifikation Osteopathin)